

Die neue Sachlichkeit des Nationalrats

«Ist es Zynismus?» fragt Daniel Binswanger in seinem trefflichen Essay zum Nationalratsbeschluss über die steuerliche Abzugsfähigkeit ausländischer Firmenbussen. Folgt man Peter Sloterdijks «Kritik der zynischen Vernunft» (S. 37, 39f.), so lautet die Antwort klar ja: «Zynismus ist das aufgeklärte falsche Bewusstsein. (...) Es ist krank an dem Zwang, vorgefundene Verhältnisse, an denen es zweifelt, hinzunehmen, sich mit ihnen einzurichten und am Ende gar deren Geschäfte zu besorgen.»

Der kranke Zynismus besteht in diesem Fall darin, dass der Nationalrat bussenträchtige Rechtsverstösse gewisser schweizerischer Firmen im Ausland offenbar als ganz normale Geschäftstätigkeit einstuft. Denn steuerlich abzugsfähig sind gemäss der steuerrechtlichen Praxis ausschliesslich «geschäftsmässig begründete Aufwendungen» von Unternehmen, soweit die damit verbundenen Aktivitäten im Inland (!) nicht strafbar sind. Zudem muss es sich dabei – so der Bundesrat in seinem «erläuternden Bericht zur Vernehmlassungsvorlage zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen» vom 18. Dezember 2015 unter Berücksichtigung relevanter Bundesgerichtsurteile – um ein «kaufmännisches Verhalten nach Treu und Glauben» handeln, für das auch «die notwendige sachliche Natur (...) gegeben» ist. Letztere hat das Bundesgericht in einem Urteil aus dem Jahr 2002 gemäss dem Bericht des Bundesrats ausdrücklich dahingehend eingeschränkt, dass «die Sachlichkeit einer Aufwendung mit Hilfe des handelsrechtlichen Begriffs der objektivierten Sorgfaltspflicht des ordentlichen Geschäftsführers bestimmt wird». Die neue Sachlichkeit des Nationalrats will davon nichts mehr wissen.

Das Stichwort der Sorgfaltspflicht erinnert an die derzeit im Parlament hängige Konzernverantwortungsinitiative. Deren guter, durchaus moderater Kerngedanke ist just die Verankerung einer Sorgfaltsprüfungspflicht (Due Diligence) für Unternehmen mit Firmensitz in der Schweiz und die von ihnen kontrollierten Tochtergesellschaften hinsichtlich der Einhaltung von international anerkannten Menschenrechten und Umweltstandards. Warum sollte der gleiche Leitgedanke nicht ebenso für die Einhaltung international anerkannter, z.B. vonseiten der OECD definierter Standards des fairen Finanz- und Steuergerechens gelten? Wenn unser Parlament zu solchen Einsichten nicht mehr fähig und willens ist, muss halt das Volk klären, was «Sache» ist.